

# **D1NEU** Grüne Transformation der Stahlindustrie: Impulse aus dem Bund für Bremen nutzbar machen

Gremium: Landesvorstand  
Beschlussdatum: 01.12.2021  
Tagesordnungspunkt: 7 Anträge

## Antragstext

### 1 **Grüne Transformation der Stahlindustrie: Impulse aus dem Bund für Bremen nutzbar** 2 **machen**

3 Bremen ist Industriestadt und soll es auch bleiben. Doch das Industrieland der  
4 Zukunft kann und wird nicht den Geist der Vergangenheit leben (können).  
5 Rauchende Schloten, vom Kohlestaub schwarze Häuserwände, all das ist die  
6 Vergangenheit. Tausende Menschen, die in Industriebetrieben arbeiten, die einen  
7 wesentlichen Beitrag zum Wohlstand unseres Bundeslandes und der gesamten  
8 Republik geleistet haben und auch in Zukunft leisten werden, sind Teil unserer  
9 Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft. Mit einem wettbewerbsfähigen grünen  
10 Stahlproduktionsstandort kann Bremen eine Vorreiterin in der Welt für eine  
11 dekarbonisierte Industrie werden. Stahl ist dabei der Grundstoff für die  
12 Energie- und Verkehrswende, denn er wird für jedes Windrad und jede neue  
13 Eisenbahnschiene gebraucht. Damit diese Zukunft in Deutschland und in unserem  
14 Bundesland liegen kann, gilt es, jetzt die Rahmenbedingungen dafür zu schaffen.  
15 Nur so können wir auch Arbeitsplätze erhalten und neue schaffen. Mit dem  
16 Koalitionsvertrag der designierten Ampel-Koalition auf Bundesebene, weiteren  
17 Schritten auf europäischer Ebene und den nötigen Maßnahmen im Bundesland gehen  
18 wir konsequent den Weg voran und bringen unseren Industriestandort auf Kurs  
19 Klimaschutz.

20 Die Industrie macht allein ca. 8 % der CO<sub>2</sub>-Emissionen in Deutschland aus. In  
21 Bremen sind es mehr als 50 %, allein durch die Stahlindustrie. Der  
22 Koalitionsvertrag der neuen designierten Ampel-Koalition auf Bundesebene und der  
23 Zuschnitt des künftigen Ministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz unter Robert  
24 Habeck macht deutlich: Eine moderne Klimaschutzpolitik ist Industriepolitik und  
25 andersherum.

26 **Der neue Koalitionsvertrag schafft die richtigen Voraussetzungen** dafür, dass  
27 Wirtschaft und Klimaschutz nicht mehr gegeneinander ausgespielt werden. Durch  
28 Carbon Contracts for Difference und die Novellierung der europäischen Klima-,  
29 Umwelt- und Energiebeihilfeleitlinien **wird eine in internationalen**  
30 **Märkten wettbewerbsfähige Transformation** für energieintensive Industrien **möglich.**  
31 **Gleichzeitig schafft das neue Ministerium die Rahmenbedingungen für eine**  
32 **Beschleunigung von Infrastrukturvorhaben**, die dringend notwendig sind.

33 **Damit sind die Weichen gestellt für die Dekarbonisierung des Bremer Stahlwerks.**  
34 Das Stahlwerk plant 2026 den ersten der beiden kohlebetriebenen Hochöfen gegen  
35 eine Wasserstoff- und Erdgasbetriebene Direktreduktionsanlage und einen  
36 Lichtbogenofen auszutauschen. **Allein in Bremen könnten ab dem Jahr 2026 dadurch**  
37 **bis zu 20% der aktuellen CO<sub>2</sub>-Emissionen des Landes eingespart werden (2,3**  
38 **Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> jährlich).**

39 Gleichzeitig ist geplant, in Bremen Eisenschwamm für Eisenhüttenstadt  
40 mitzuproduzieren, sodass auch dort ein Hochofen abgeschaltet werden kann. Im  
41 Jahr 2032 soll Stand jetzt der zweite Hochofen in Bremen folgen.

42 Klimaneutral ist die Stahlherstellung aber erst, wenn keine fossilen Energien,  
43 auch kein Erdgas mehr zum Einsatz kommt. **Die Produktion von grünem Wasserstoff**  
44 **ist dafür essenziell.** Durch ein weiteres EU-gefördertes Projekt „Clean Hydrogen  
45 Coastline“ können 300 MW Produktionskapazität am Standort Bremen aufgebaut  
46 werden.

47 Die Bremer Klimaziele sind maßgeblich von der Stahlindustrie abhängig. Solange  
48 das Stahlwerk nicht umgestellt wird, können wir in Bremen höchstens 50 % der  
49 CO<sub>2</sub>-Emissionen einsparen. Derzeit sieht es so aus, als ob eine Umstellung erst  
50 2032 vollständig umsetzbar ist. Auch wenn es bis 2032 noch zehn Jahre Zeit sind,  
51 erfordert diese Transformation einen sehr **ambitionierten Zeitplan. Neben den**  
52 **neuen Produktionsanlagen müssen neue Stromleitungen und eine**  
53 **Wasserstoffinfrastruktur gebaut werden.** Durch die aktuellen Fristen für  
54 Genehmigungs- und Planungsverfahren von Infrastrukturprojekten ist dieser Plan  
55 bereits die schnellstmögliche Variante. **Damit dies funktioniert, müssen Land und**  
56 **Bund Hand in Hand arbeiten.**

57 Wir begrüßen daher ausdrücklich das im Koalitionsvertrag fixierte Ziel, die  
58 Verfahrensdauer bei Genehmigungsverfahren mindestens zu halbieren, eine  
59 Wasserstoffnetzinfrastruktur aufzubauen, die Produktion von grünem Wasserstoff  
60 zu fördern sowie einen ambitionierten Plan zum Stromnetzausbau umzusetzen. Wir  
61 begrüßen auch, dass regionale Transformationscluster finanziell unterstützt  
62 werden sollen. Ebenso wichtig ist das Vorhaben durch europäische und  
63 internationale Initiativen wie dem Klimaclub, Wettbewerbsbedingungen zu  
64 schaffen, die Betrieben wie dem Bremer Stahlwerk, die Transformation  
65 ermöglichen.

66 **Während der Bund die Rahmenbedingungen für Finanzierung und Infrastruktur**  
67 **schaffen muss, müssen wir in Bremen eine Co-Finanzierung der Projekte**  
68 **sicherstellen und Planungs- und Genehmigungsverfahren mit höchster Priorität**  
69 **behandeln.** Auf uns kommen dabei auch große Herausforderungen zu. Neben der  
70 Bereitstellung der finanziellen Mittel, benötigt die Transformation erhebliche  
71 neue Produktionsflächen, die in Bremen bekanntermaßen knapp sind. Darüber hinaus  
72 könnten die zu planenden Stromleitungen gegebenenfalls in Konflikt mit  
73 Landschafts- und Naturschutz stehen. **Hier Flächen bereitzustellen und Lösungen**  
74 **im Einklang mit Natur- und Artenschutz zu finden, wird die Aufgabe der nahen**  
75 **Zukunft sein.**

76 **Wir Bremer Grüne unterstützen die Transformationsprojekte des Stahlwerks und die**  
77 **Bestrebungen des Koalitionsvertrags und werden in Bremen alles Notwendige tun,**  
78 **um diese schnellmöglich umzusetzen. Mit diesem Antrag möchten wir deutlich**  
79 **machen, was es dafür im Bund, in EU und auf Bremer Ebene braucht.**

- 80 1. Wir fordern, dass die notwendigen finanziellen Mittel für die  
81 **Kofinanzierung** der Projekte durch die rot-grün-rote Landesregierung in  
82 Bremen zur Verfügung gestellt werden.
- 83 2. Wir fordern, dass die **Planungs- und Genehmigungsprozesse** für den Bau von  
84 Stromleitungen und Pipelines **flexibel und schnell durch die**  
85 **Landesregierung begleitet** und umgesetzt werden. Dazu braucht es eine gute  
86 Abstimmung zwischen den Ressorts, eine klare Prioritätensetzung, sowie

- 87 eine frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung. **Natur- und Artenschutz** wollen  
88 wir mit dem Infrastrukturausbau so gut es geht **in Einklang bringen**.
- 89 3. Wir erwarten von der Landesregierung, sich auf Bundesebene für die  
90 **Aufnahme der Stromnetzanbindungen für das Stahlwerk bei der**  
91 **Netzentwicklungsplanung** einzusetzen. Gleichzeitig fordern wir, auf  
92 Bundesebene schnellstmöglich die Netzentwicklungspläne und den  
93 Bundesbedarfsplan auf die neuen Ausbauziele im Koalitionsvertrag  
94 anzupassen.
- 95 4. Wir fordern die zukünftige Ampel-Koalition dazu auf, die  
96 **Genehmigungsprozesse für sogenannte „kritische Brücken“ (besonders**  
97 **relevante Infrastrukturprojekte)** im Rahmen des Klimaschutz-Sofortprogramms  
98 in den ersten sechs Monaten der Regierung so zu **vereinfachen und zu**  
99 **beschleunigen**, dass eine klimaneutrale Wirtschaft bis 2035 möglich wird.  
100 Dazu braucht es mehr Personal in Gerichten und Verwaltung, leistungsfähige  
101 Datenbanken, kurze Fristen und eine Vereinfachung der Verfahren.
- 102 5. Der Ausbau der **erneuerbaren Energien auch zur Erzeugung von grünem**  
103 **Wasserstoff** muss so schnell wie möglich vorangetrieben werden. Die neuen  
104 Zielzahlen im Koalitionsvertrag, insbesondere für die Offshore-  
105 Windenergie, bieten dafür eine gute Grundlage. Wir fordern die  
106 Landesregierung dazu auf, die Solar-Cities-Initiative vollständig  
107 umzusetzen sowie das Repowering von Windenergieanlagen und weitere  
108 Flächenausweisung für neue Windenergieanlagen weiter voranzutreiben.
- 109 6. Aufgrund der sehr hohen Bedarfe an grünem Wasserstoff für industrielle  
110 Anwendungen wie der Stahlproduktion, ist schon jetzt klar, dass künftig  
111 große Mengen von grünem Wasserstoff importiert werden müssen. Bund und EU  
112 müssen daher eine strikte **Zertifizierung von grünem Wasserstoff** einführen.  
113 Das Land Bremen muss daher vorausschauend eine **Wasserstoffimportstrategie**  
114 **entwickeln** und mit Unterstützung des Bundes den Aufbau einer  
115 entsprechenden Importinfrastruktur angehen.
- 116 7. Damit auch zukünftig finanzielle Mittel in die richtigen Projekte fließen,  
117 fordern wir auf EU-Ebene die richtige Weichenstellung in der **Taxonomie**,  
118 sodass **Erdgas und Atomstrom künftig nicht als klimafreundliche**  
119 **Investitionen** gekennzeichnet werden. Wir fordern außerdem einen wirksamen  
120 Carbon-Leakage-Schutz und die Novellierung der europäischen Klima-,  
121 Umwelt- und Energiebeihilfeleitlinien schnell umzusetzen.
- 122 8. Die Transformation des Stahlwerks darf nicht auf dem Rücken der  
123 Beschäftigten ausgetragen werden. Kündigungen oder eine Verschlechterung  
124 der Tarifbedingungen in Zusammenhang mit der Umstellung auf eine  
125 klimaneutrale Produktion wären nicht akzeptabel. Das ist unser Anspruch an  
126 eine **sozial-ökologische Transformation**, die in hohem Maße durch  
127 öffentliche Gelder unterstützt wird. Gemeinsam mit den Gewerkschaften und  
128 im Dialog mit den Stahlwerkbetreibern wollen wir dieses Ziel erreichen und  
129 so eine Transformation an der Seite der Beschäftigten ermöglichen.

## **Begründung**

Dieser Antrag wird als Dringlichkeitsantrag eingereicht. Die Dringlichkeit leitet sich daraus ab, dass der Koalitionsvertrag zum Antragsschluss dieser LMV noch nicht vorlag und in diesem Antrag auf diesen Bezug genommen wird.

Siehe dazu auch Geschäftsordnung LMV: "(4) Dringlichkeitsanträge sind Anträge, deren Gegenstand zum Zeitpunkt der Antragsfrist noch nicht bekannt war. Über die Befassung von Dringlichkeitsanträgen und von nicht fristgerecht eingereichten Anträgen entscheidet die LMV."

## **Unterstützer\*innen**

Jonas Kassow (KV Bremen-Ost); Maike Schaefer (KV Bremen-Nord); Robert Bücking (KV Bremen-Mitte/ Östliche Vorstadt); Emanuel Herold (KV Bremen-Mitte/ Östliche Vorstadt); Philipp Bruck (KV Bremen-Links der Weser); Fabian Taute (KV Bremen LdW); Marlin Meier (KV Bremen-Mitte); Dominik Santner (KV Bremen-Ost)